

## Die St. Galler Stimme der Stadt Bern

Es geht auch mit Rorschacher Dialekt: 15 Jahre lang war Walter Langenegger Kommunikationschef der Stadt Bern – jetzt ist er pensioniert.

Adrian Vögele

Donnerstagvormittag in Bern. Viel Volk bewegt sich in der Marktgasse und unter den Lauben, in kurzen Abständen bimmeln die roten Trams vorbei. Das Bundeshaus ist gleich um die Ecke, das Rathaus einen kurzen Spaziergang entfernt. Oben im Käfigturm, hoch über der Gasse, gerät Walter Langenegger ins Schwärmen. «Diese Altstadt ist ein Bijou», sagt der 62-Jährige – in markantem Ostschweizer Dialekt, mit spürbarem persönlichem Enthusiasmus, aber auch mit einem gewissen beruflichen Stolz. Für den kommunikativen Auftritt der Stadt war der gebürtige Rorschacher 15 Jahre lang verantwortlich. Ende Oktober wurde er als Leiter des Informationsdienstes pensioniert.

### Bähnler, Banker, Journalist – und dann ein Kaltstart

Wie schafft man es, Sprecher der Stadt Bern zu werden, ohne Berndeutsch zu reden? In der Tat habe er sich damals keine grossen Hoffnungen gemacht, als er sich für die stellvertretende Leitung des Infodienstes beworben habe, sagt Langenegger und lacht. «Mit diesem spitzen Dialekt!»

Es klappte trotzdem. Auch wenn man als Ostschweizer in Bern natürlich oft auf die Mundart angesprochen wird – «meist aber mit Sympathie», merkt Langenegger an. Und auch ein weiteres Klischee bewahrheitete sich nicht: Als er sich vor dem Wechsel nach Bern von seinen früheren Arbeitskollegen auf der «Tagblatt»-Redaktion in St. Gallen verabschiedete, sagten viele: «Super – in Bern kannst du eine ruhige Kugel schieben.»

Diese ruhige Kugel, sagt Langenegger, habe er in 15 Jahren nie gefunden. Gleich am ersten Tag ging es hektisch los: Langeneggers Chefin im Infodienst hatte kurz zuvor per sofort gekündigt. Am zweiten Tag: Überschwemmung in der Nähe des Bahnhofplatzes wegen Bauarbeiten – die erste Medienkonferenz war fällig. Der Ostschweizer war zu Beginn weitgehend auf sich allein gestellt, und es lag an ihm, die frühere Pressestelle in eine moderne Kommunika-

tionsabteilung umzubauen. «Die ersten zwei, drei Jahre waren enorm anspruchsvoll.»

Doch warum der Sprung nach Bern? Langenegger hat starke Wurzeln in der Ostschweiz, lebte 48 Jahre in der Region Rorschach. Er lernte Betriebsdisponent bei der Bahn, wechselte zur Raiffeisenbank, absolvierte später die Journalistenschule St. Gallen. Er war Lokalredaktor in Rorschach, dann Inlandredaktor und schliesslich Leiter der Inlandredaktion des «Tagblatts». Seine journalistische Arbeit führte ihn auch hin und wieder ins Bundeshaus.

Einen bewussten Abschied vom Journalismus habe er nicht gesucht, sagt Langenegger. Das sei ein fantastischer Beruf. «Aber nach 20 Jahren fragt man sich: Will ich nochmals etwas anderes machen?» Und die Stelle in Bern, im politischen Zentrum der Schweiz, in direkter Zusammenarbeit mit der Stadtregierung, habe ihn als politischen Menschen besonders angesprochen. «Da ich mich mit rot-grüner Politik identifizieren konnte, war es auch inhaltlich reizvoll – dabei zu sein in einer grossen Stadt, in der Mitte-links-Politik umgesetzt wird.» So entschied er sich mit der Familie für den Umzug in die Hauptstadt.

### Das Stadtberner Motto: «Leben und leben lassen»

Abgesehen von der Sprache: Was unterscheidet die Stadtberner Mentalität von jener der St. Gallerinnen und St. Galler? «Die Menschen in Bern sind sicher politischer als in vielen anderen Regionen der Schweiz», sagt Langenegger. Viele hätten auch beruflich mit Service public zu tun – das Staatsverständnis sei ein anderes: «In der Ostschweiz herrscht ein Staatsverständnis wie in den USA vor. Es wird sehr stark auf Wirtschaft und Unternehmen fokussiert. Es kommt ja nicht von ungefähr, dass die HSG in St. Gallen steht. Das prägt auch die Haltungen. Und die Art und Weise, wie man Probleme angeht.» Die Stadtbernerinnen und -berner hätten ein viel stärkeres Bewusstsein, «dass es einen handelnden Staat braucht». Und sie seien toleranter, nach dem Motto «Leben und leben lassen». Das zeige sich auch im Umgang mit



Walter Langenegger auf der Berner Marktgasse, im Hintergrund der Käfigturm.

Bild: Tobias Garcia

### «In der Ostschweiz herrscht ein Staatsverständnis wie in den USA vor.»

Walter Langenegger  
Ehemaliger Kommunikationschef der Stadt Bern

Demonstrationen, welche die Stadt immer wieder herausfordern. Der Klimaprotest auf dem Bundesplatz vom vergangenen Jahr sei ein gutes Beispiel: «Gerade von Ostschweizern wurde die Kundgebung besonders lautstark kritisiert. Bern hingegen bemühte sich um Augenmass.»

In Krisensituationen habe ihm die Erfahrung aus dem Journalismus geholfen, sagt Langenegger: «Man sieht voraus, welche Fragen kommen werden.» Harte, kritische Berichterstattung könne oft belastend sein für die Verantwortlichen, «aber das gehört zu unserer Demokratie». In Journalistenkreisen hat man Langenegger als

sehr engagierten Kommunikationschef erlebt – der sich bisweilen auch meldete, wenn er mit einer Darstellung nicht einverstanden war.

### Behördeninformation «ohne Propaganda»

Zu den erfreulichen Momenten seiner Berner Zeit zählt Langenegger verschiedene Grossanlässe, die Fussball-Europameisterschaft 2008 etwa. Obwohl er ein kollegiales Verhältnis zu den Mitgliedern des Gemeinderats entwickelte, sagt er klar: «Als Kommunikationschef machte ich keinen Wahlkampf für meine Regierung.» Eine Behörde müsse verlässliche, nachprüfba-

re Informationen liefern – keine Propaganda.

Einfacher geworden ist das in den letzten Jahren nicht. Das Tempo hat sich erhöht, die Medien verlangen immer raschere Antworten, die Stadt informiert auch über die sozialen Medien. «Schon 2010 sahen wir uns gezwungen, mit Twitter anzufangen», erinnert sich Langenegger. Hilfreich waren auch Kontakte in die Ostschweiz: «Die Stadt St. Gallen hat immer versucht, in den sozialen Medien einen Schritt voraus zu sein», sagt Langenegger anerkennend. So gehörten St. Gallen und Bern zu den ersten Städten, die Videoaufnahmen von ihren Medienkonferenzen lieferten.

Die Kommunikation der Behörden, so Langenegger, werde wohl in Zukunft noch weiter ausgebaut – «es geht gar nicht anders, weil die Kanäle, auf welchen sich die Leute informieren, immer zahlreicher werden». Die Lage der klassischen Medien macht ihm währenddessen Sorgen. «Das bisherige Geschäftsmodell der Zeitungen mit der Finanzierung der Redaktionen via Inserate funktioniert nicht mehr. Ich bin der Meinung, dass eine stärkere Medienförderung durch den Staat nötig ist.» Unter der Voraussetzung, dass die Medien unabhängig berichten würden.

### Nur den Bodensee vermisst er ab und zu

Und jetzt, was macht Walter Langenegger – nachdem er jahrzehntelang mit hohem beruflichem Tempo unterwegs war? «Ich wurde schon gewarnt, ich würde in ein schwarzes Loch fallen!», sagt er und schmunzelt. Das sei aber nicht weiter schlimm. «Ich leiste es mir jetzt, einfach mal keine Pläne zu haben. Die Agenda ist leer.»

Eine Rückkehr in die Ostschweiz ist momentan kein Thema – auch wenn Langenegger das Goldacher Reihenhaus von früher immer noch besitzt. Zu gut gefällt es ihm und seiner Frau in der Hauptstadt. Lieblingsorte hat er eine ganze Reihe, vom Münstersturm über das moderne Quartier Westside bis hinunter ans Aareufer. Und den Bodensee vermisst er nicht? «Doch, tatsächlich: Der Blick auf den See fehlt mir ab und zu.»

## Regierung unterstützt Verbot von Konversionstherapien

Eine überparteiliche Motion stösst bei der Regierung des Kantons St. Gallen auf Anklang.

Rossella Blattmann

Die Debatte um Konversionstherapien – «Bemühungen, die sexuelle Orientierung oder die Geschlechtsidentität eines Menschen durch gezielte Interventionen zu beeinflussen» – hat die St. Galler Politik erreicht. In einer im Herbst eingereichten Motion forderten die Kantonsrätinnen Bettina Surber (SP), Brigitte Pool (FDP) sowie GLP-Kantonsrat Andreas Bisig

von der Regierung des Kantons St. Gallen, Konversionstherapien gesetzlich zu verbieten. Darin hiess es: «Konversionstherapien sind nicht nur diskriminierend, sondern erwiesenermassen schädlich. Sie sind für betroffene Personen höchst traumatisierend und verursachen schweres seelisches Leid.» Dies würden zahlreiche Studien belegen. Dabei seien Jugendliche besonders verletzlich. «Sie können durch selbst ernannte Heilerinnen und

Heiler in psychische Krisen bis hin zu Depressionen und Suizid gestürzt werden», so die Motionäre. Jetzt hat sich auch die St. Galler Regierung für ein Verbot der Konversionstherapien ausgesprochen.

Bei den sogenannten Konversionstherapien handle es sich um Behandlungen, die darauf abzielten, die sexuelle Orientierung oder die selbstempfundenen geschlechtliche Identität einer Person zu ändern oder zu unter-

drücken, schreibt die Regierung des Kantons St. Gallens. Und weiter: «Die Regierung lehnt solche Behandlungen entschieden ab.» Sie beantragt vom Kantonsparlament, die Motion gutzuheissen. Dies, obwohl bereits heute die «im Gesundheitsgesetz festgelegten gesundheitspolizeilichen Kompetenzen vorsehen, dass mit Busse bestraft werden kann, wer eine Heiltätigkeit ausübt ohne behördliche Bewilligung». Die Durchführung

von sogenannten Konversionstherapien stellt gemäss Regierung aufgrund «fehlender fachlicher Abstützung eine mögliche Verletzung der Berufspflichten von Fachpersonen und Betrieben im Gesundheitswesen» dar und kann – sofern sie gemeldet wird – Disziplinar massnahmen zur Folge haben. Jede Person könne zudem der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde Meldung erstatten, wenn sie konkrete Hinweise auf die Ge-

fährdung der körperlichen, psychischen oder sexuellen Integrität einer minderjährigen Person habe.

Für das Verbot von Konversionstherapien will die Regierung des Kantons St. Gallens kein eigenes Gesetz erlassen. Ob weitere gesetzliche Grundlagen erforderlich sind, soll der Kantonsrat im Rahmen der Totalrevision des Gesundheitsgesetzes, voraussichtlich in der Februarsession 2022, prüfen.